

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Zehn Jahre nach dem Kriege

Schnabel, Franz

Karlsruhe, 1929

[Rede]

[urn:nbn:de:bsz:31-139641](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-139641)

Es hat sich in unserem Lande Baden der schöne Brauch herausgebildet, daß die Staatsregierung alljährlich zum neuen Jahre die Vertreter aller Kreise und Berufe des Volkes versammelt, um mit ihnen eine feierliche Stunde des Gedenkens und der Besinnung dem wichtigen Lebensabschnitt zu widmen, der für unser Gefühl mit jedem Jahreswechsel verbunden ist. Weihnachten liegt hinter uns — das Fest, das uns alle veranlaßt, einmal wenigstens im Jahre alles Getriebe des geschäftlichen und öffentlichen Daseins zu vergessen, alle Zeitungen und Briefe fortzuräumen, um einige Stunden ganz nur dem privaten Leben, dem Leben der Familie und der engsten Gemeinschaft hinzugeben. Aber die äußere Welt der Geschäfte, die Welt der Arbeit und des wirtschaftlichen und politischen Strebens fordert wieder ihre Rechte; der Neujahrstag gemahnt uns an die großen Aufgaben, die wir im vergangenen Jahre haben unfertig lassen müssen und die das vor uns liegende Jahr von uns fordert. Unendlich breit flutet heute das Leben durch unsre Zeit, zahllos sind die Fragen, die Forderungen, die Probleme, die uns aufgegeben sind. In Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Recht, in Wissenschaft und Kunst ist gegenwärtig so vieles in Fluß geraten; mehr als vor zwei oder drei Jahren sind uns heute die Sorgen und Schwierigkeiten unseres geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens zum Bewußtsein gekommen und fordern den Mut zu persönlicher Entscheidung. Unsere Lage ist, wie wir alle wissen, ernst, aber ein Volk, das sich seiner Aufgaben bewußt geworden ist, wird sie zu meistern wissen. Unsere Wirtschaft ist belastet mit den schweren Schulden der Reparationen, mit den Zinsen der Auslandsanleihen, mit Export-

schwierigkeiten und den hohen Ziffern der Einfuhr. Unser geistiges und gesellschaftliches Leben weist Züge auf, die viele aufmerksame und kluge Beobachter veranlaßt haben, mit sorgender Warnung von einer Kulturkrise zu sprechen; in unserem Staate türmen sich die Aufgaben immer mehr, die zu entwirren und zu lösen die höchste Anspannung aller sittlichen und geistigen Kräfte erfordert. Dies alles macht zusammen eine geschichtliche Lage, die nicht von heute oder von gestern stammt, sondern in Jahrzehnten erwachsen ist. Sie ist von vorausschauenden Kritikern schon um die Jahrhundertwende erkannt worden und durch den Krieg und die Nachkriegszeit dann allerdings in ihrer Entwicklung bestärkt, beschleunigt und zu ihrer heutigen Schärfe gesteigert worden. Aber wer mit gerechtem Urteil die jüngste deutsche Vergangenheit überblickt, wird doch zu dem Gefühle kommen, daß die deutsche Republik in der kurzen Zeit ihres Bestehens noch sehr viel schwierigeren Aufgaben gerecht geworden ist, als sie ihr heute gestellt sind, und daß sie an die Stelle von Unordnung und Chaos, die in den Tagen ihrer Geburt hereinzubrechen drohten, einen geordneten staatlichen Zustand geschaffen hat, der einen festen und sicheren Boden gibt für die Arbeit, die uns bevorsteht. Daß diese neue staatliche Grundlage gelegt und gesichert worden ist, macht den vornehmlichsten Inhalt der badischen und deutschen Geschichte im letzten Jahrzehnte aus. Denn es sei daran erinnert, daß der Freistaat Baden wie die deutsche Republik in dem Jahre, in das wir mit dem heutigen Tage eintreten, gerade auf ein Dezennium des Bestehens zurückblicken können, und so mag es sich ziemen, am heutigen Tage die Grundgedanken herauszuheben, die in der Verfassung unseres Reichs und unseres Landes niedergelegt sind und durch die unserem öffentlichen Leben nun schon zehn Jahre hindurch Richtung und Weg gewiesen sind*).

Das deutsche Volk befand sich heute vor zehn Jahren mitten im Zusammenbruch seiner staatlichen Verfassung, seiner gesellschaftlichen Ordnung, seiner wirtschaftlichen Struktur. Es hatte bis dahin sich mit Recht zu den mächtigsten und erfolgreichsten Völkern der Erde gezählt, aber es hatte ihm bei allem Wagemut in geschäftlichen

*) Vgl. das monumentale Werk „Zehn Jahre Deutscher Geschichte 1918—1928“, Berlin, Otto Stollberg Verlag. 556 S. (mit Geleitworten von Reichskanzler Müller und Reichsaußenminister Stresemann). — Viele Anregungen gibt auch die Schrift von Eugen Rosenstock „Die ungeschriebene Verfassung“, Breslau [1927]. 12 S.

und soldatischen Dingen doch, wie schon Bismarck sorgend erkannt hatte, an jener Zivilcourage gefehlt, die den Einzelnen veranlaßt, zeitig auf Besserung zu dringen, auch wenn er dadurch sich selbst in seinem Kreise unbeliebt macht. So sind die Jahrzehnte des alten Reiches je länger, je mehr eine Zeit ungeheurer Versäumnisse geworden, für die nicht einzelne Männer, sondern jene Generation in ihrer Gesamtheit die Verantwortung vor der Geschichte zu tragen hat. Man sonnte sich im Glanze des äußeren technischen und wirtschaftlichen Fortschritts, man war tüchtig in Ressort und Beruf und voll Würde im privaten Leben, aber man vergaß die geistigen Grundlagen alles Lebens, aus denen auch Deutschlands Größe einst erwachsen war und die in dem beruhen, was unsere großen Denker die Spontaneität genannt haben — also im Glauben an die schöpferische Kraft des Menschen, im Vertrauen auf ihren Wert für die Gesamtheit, im Willen zu ihrer Entfaltung und Lenkung. Man glaubte für den Geist genug getan zu haben, wenn man Schulen und wissenschaftliche Institute aufs reichste ausstattete, sie trefflich organisierte und also fachliche Rekordleistungen erzielte; man lehnte es ab, diese Arbeit hineinzustellen in den großen Zusammenhang alles geistigen Lebens, an ihm ihren Sinn und Wert zu prüfen und ihren Verlauf an ihm zu orientieren, man hielt sich frei von solchen Versuchungen, die nur beunruhigen und die Reinheit der Objektivität und des positiven Wissens trüben konnten. Statt dessen glied man sich lieber den wachsenden Bedürfnissen des äußeren, praktischen Lebens an und war zufrieden in dem Bewußtsein, dadurch als modern und fortschrittlich sich erwiesen zu haben. So blieben Geist und Wissen tot. Das geistige Leben zerteilte sich in zahllose einzelne, unverbundene Äußerungen, jeder arbeitete an seiner besonderen, kleinen oder großen Verantwortlichkeit, die gewaltigen und entscheidenden Fragen des Staates, der Gesellschaft, der Wissenschaft und des Menschentums blieben einzelnen Denkern überlassen, die außerhalb des offiziellen Deutschlands standen und keine Möglichkeit besaßen, ihre Ideen an der Erfahrung zu prüfen. Geistig unvorbereitet wie kaum jemals in seiner Vergangenheit trat das deutsche Volk in die größte Schicksalsprobe ein, die vielleicht jemals einem Volke auferlegt worden ist; Heldentaten und Leistungen ohnegleichen sind vollbracht worden — die Tapferkeit der Soldaten, die technische Vollkommenheit der Führung, Wunderwerke der Organisation, und

selbst die Diplomatie war so schlecht nicht, als es diejenigen so gerne hingestellt haben, die die enormen Schwierigkeiten vergaßen, in welche Deutschland geraten war durch seine offenen Grenzen im Herzen Europas und durch die Weltlage, wie sie seit Bismarcks Abgang geworden war. Aber jeder arbeitete für sich an seiner Stelle; es bildete sich eine neue Pflichtenlehre, die jedem gebot, für seine Aufgabe, an die ihn das Schicksal gestellt, alle Kraft und alle Aufmerksamkeit einzusetzen, sie in den Vordergrund zu schieben und ihr sachliche Geltung zu verschaffen. So kämpfte jeder für seine kleine Welt, für sein Ressort, dessen Wichtigkeit allen anderen Berechtigungen voranging, ohne Einblick in den Sinn des Ganzen und ohne die Gesinnung, die ein staatliches Gemeinschaftsleben nun einmal verlangt. Die Regierung schwebte hoch und überlegen über dem Volke, ohne Berührung mit ihm und mit den herrschenden Stimmungen, die Armee wollte die Argumente der Politik nicht gelten lassen, die Politiker führten ihre Sonderaktionen durch, die Verbände, wie sie zuerst im Kriege in die deutsche Geschichte eingegriffen haben, gaben sich um ihrer selbst willen eine Wichtigkeit. So traf die Not ein glänzend organisiertes, aber innerlich ratlos gewordenes Volk; ein leitender Geist fehlte, weil ein solcher durchaus nicht vermißt wurde.

Das Geschick erfüllte sich. In der Revolution wurde der innerste Kern des Übels bewußt, aus den publizistischen Quellen der Zeit tritt dem heutigen Leser oft grell und oft behutsam die Erkenntnis entgegen, daß der alte Staat im Zeitalter Wilhelms II. zwar eine offizielle Wissenschaft und eine offizielle Kunst gehabt und großartige Leistungen der äußeren Kultur zu vollbringen verstanden hatte, daß aber das Wesen des Geistes ihm fremd geworden war, daß er weder schlummernde Kräfte zu wecken noch ein Gemeinschaftsleben zu schaffen verstanden hatte und daß hierin die letzte Ursache seines Versagens lag. Die Revolution freilich vermochte diese Lücke nicht auszufüllen. Denn jede Revolution ist zunächst eine negative, eine zerstörende Kraft; zudem war die deutsche Revolution von 1918 nicht das Ergebnis eines spontanen Unwillens über unhaltbare Zustände, sondern von außen, durch den verlorenen Krieg und die unrettbar verfahrenere außenpolitische Lage gleichsam aufgedrängt. Sie vollzog sich unter den furchtbarsten Zuckungen und Bedrängnissen, in einem durch Hunger und Not ausgemergelten

Volke. So war keine Möglichkeit, den Geist zu gestalten. Auch kann, wenn der Verfall einmal eingetreten ist, eine einzelne Aktion oder gar ein einzelnes Gesetzgebungswerk niemals von sich aus neues Leben schaffen: es vermag nur die Vorbedingungen zu bereiten, aus denen eine glücklichere Nachwelt dann ernten wird. So galt es denn auch damals, vor zehn Jahren, zunächst die staatliche Form zu gießen, die mit Inhalt zu füllen die Aufgabe der Zukunft sein mußte. Die Verfassung von Weimar wie unsre badische Verfassung sind solche Formen, sie sind vor allem Aufgabe und Verpflichtung und fordern Erfüllung mit dem Geiste, dem sie die Bahn frei gemacht haben. Und deshalb ist es falsch und ungerecht, wenn wir so oft klagen hören über die Unfertigkeit unsrer heutigen Zustände. Denn alles Leben ist Wachstum. Und eine Verfassung kann niemals mehr leisten, als diesem Wachstum gute Bedingungen zu schaffen. Gesetze und Verfassungen sind tot, erst die Menschen, die sie anwenden, geben ihnen Leben. In diesem Sinne haben die Männer von Weimar gearbeitet. Sie haben die Verfassung auf das ganze Volk gegründet und ihre Erfüllung von seiner Hingabe erwartet.

Unser heutiger Staat ruht also auf dem einen, grundlegenden Begriff der Volkssouveränität. Die Herausbildung dieses Begriffes gehört der Geschichte an. Unsre europäischen Staaten sind in der Vergangenheit ausnahmslos entstanden durch Agglomeration von Grundbesitz und Hoheitsrechten in der Hand fürstlicher Familien; der Staat war ursprünglich Privatbesitz, Patrimonium der Dynastie, er war Patrimonialstaat, und nur langsam hat sich dann der Staatsbegriff entwickelt. Die Geschichte der Staaten ist also die Geschichte ihrer Lösung von der Dynastie, immer stärker wurde der Begriff der Souveränität vom Monarchen, in dem er zuerst verkörpert war und der eben deshalb der Souverän hieß, in den Staat selbst verlegt und so ein abstrakter Staatsbegriff herausgebildet: dieses Stadium der Entwicklung ist erreicht worden in der konstitutionellen Monarchie, die in England selbständig erwachsen ist, die auf dem Kontinent aber durch die französische Revolution und in den deutschen Territorien während der Periode von 1815 bis 1848 sich vollendete. Aber längst schon war die Staatstheorie auch hierüber weitergeschritten und verlangte die Verbindung des Staates mit der Gesamtheit des Volkes. So hatten es schon die preußischen Reformer wie Stein, Scharnhorst und Wilhelm von Humboldt gemeint, wenn sie sich

auch des treibenden Prinzips und der letzten Konsequenzen ihrer neuen Staatsauffassung keineswegs bewußt geworden sind. Damit jedoch der deutsche Volksstaat entstehen und Wirklichkeit werden konnte, dazu war zweierlei notwendig: die gewaltige wirtschaftliche und soziale Umwälzung, die wir in dem halben Jahrhundert des deutschen Kaiserreichs durchgemacht haben, und das Erlebnis des Krieges, das alle Schichten des Volkes aufs tiefste ergreifen und zu den Angelegenheiten des Staates hinführen mußte. Die Entwicklung des deutschen Industriestaates warf nach 1870 in Deutschlands staatlichem, gesellschaftlichem und geistigem Leben die schwersten und gewaltigsten Probleme auf, wie sie kaum jemals einem andern Volke gestellt worden sind, und die zu jener Zeit nur von wenigen, klugen Beobachtern gesehen wurden. Das Aufsteigen der Masse hatte im 18. Jahrhundert mit dem Emporkommen des Bürgertums begonnen, aber die bürgerliche Bewegung hatte dann innerhalb der kurzen Spanne eines halben Jahrhunderts bereits ihre Sättigung gefunden; im Jahre 1789 stand das Bürgertum diesseits der Barrikade, 1848 schon wiederum jenseits. Dahinter aber erhob sich die Masse des vierten Standes und forderte auch ihrerseits Aufnahme in die große demokratische Bewegung, die Staat und Volk zusammenzuschließen unternahm. Der Krieg führte dann alle Glieder des ganzen Volkes in einheitlichen, gleichen Verbänden zusammen, die Angelegenheiten der Gesamtheit griffen aufs tiefste und aufwühlendste in das Schicksal jedes Einzelnen ein, und je schwieriger im Laufe der Jahre die äußere und innere Lage des Vaterlandes wurde, um so deutlicher wurde es, daß das Schicksal des Staates nur noch an diesem Heere und nicht mehr an den Dynastien hing. Ein Kaiserthron zerbrach, Herrscherhäuser gingen dahin, aber das deutsche Volk blieb. Dies war eine neue Erkenntnis, daß der Staat eine überindividuelle Einheit sei, die dauert, auch wenn die Träger der Hoheit hinweggehen. Man hätte dies schon aus der Geschichte lernen können, aber für das deutsche Leben war es doch eine große Überraschung. Und am tiefsten wurde diese Tatsache im Heere erlebt, das Scharnhorst einst auf die Gesinnung des ganzen Volkes gegründet hatte und von dem man doch nicht gewohnt war, es als getrennt von der Person des obersten Kriegsherrn zu betrachten. Als Hindenburg ohne Auftrag eines Königs und Kaisers den Rückzug und die Demobilmachung leitete und also in der Stunde des größten Unglücks aus

dem General des preußischen Königs zum Feldherrn des gesamten deutschen Volkes wurde, da hat er — es sind in diesen Tagen gerade zehn Jahre her! — das erste Beispiel einer großen, von aller dynastischen Führung gelösten Aktion des Staates geboten. Etwas Gleiches hatte es im deutschen Staatsleben bisher noch nicht gegeben, und es bezeichnet freilich zugleich die ganze Tragik der deutschen Geschichte, daß die Ideen des Volksheeres und des Volksstaates völlig verwirklicht wurden erst in einem Augenblick, da Heer und Staat durch auswärtige Kräfte geschlagen wurden. Aber durch dieses Erlebnis des gemeinsamen, geschlossenen und geordneten Rückmarsches war der Weg gewiesen, der aus der drohenden Vernichtung herausführen konnte. Über alle Gegensätze der Stände hinweg fand sich das Volk zusammen im Willen zum Staate, indem es die neue Verfassung auf der Grundlage der Volkssouveränität errichtete. Man war sich dabei der großen Unterschiede bewußt, die zwischen der alten Verfassung der Dynastien und der neuen Verfassung des Volkes bestehen mußten, und man hat nicht verfehlt, den Unterschied klar und deutlich herauszuheben; aber man hat doch auf die moralische Verbundenheit mit der Vergangenheit den größten Wert gelegt und also streng an der Vorstellung festgehalten, daß die Weimarer Verfassung kein neues Reich begründet, sondern das alte „erneuert und festigt“, wie es so treffend in der Präambel gesagt ist.

Und wie die Einheit aller Stände, so ist auch die Einheit der Stämme im neuen Volksstaate zu willensstarkem Ausdruck gekommen. Wie schwer auch die Schicksalsschläge gewesen sind, die in den zehn Jahren, seit der neue Staat besteht, auf das Reich niedergefallen sind, und wie ungeheuer auch die Proben waren, die es aushalten mußte, so ist doch die nationale Einheit durch das Bewußtsein der Stämme immer nur gestärkt worden. Auf ihnen als den großen naturwüchsigen Gliederungen des deutschen Volkes beruht das Deutsche Reich seit nunmehr einem vollen Jahrtausend. Die deutsche Geschichte nimmt ihren Anfang mit dem Jahre 911, da die beiden mächtigsten Stämme, die Franken und die Sachsen, den folgenschweren Beschluß faßten, trotz des Erlöschens des karolingischen Kaiserhauses beisammen zu bleiben und die andern Stämme zum Beitritte aufzufordern. So wurde der deutsche, mitteleuropäische Länderraum damals zusammengefaßt und hat seitdem — mit der einzigen kurzen Zwischenzeit der napoleonischen Epoche von 1806

bis 1814 — stets in irgendeiner staatlichen Gemeinschaft gelebt, die dem deutschen Volke Einheit und Freiheit zugleich verbürgte. Nur freilich haben die Stämme schon in den ersten Jahrhunderten dieser Entwicklung mit der Beseitigung der alten Stammesherzogtümer ihre politischen Formen eingebüßt, und an ihre Stelle traten die territorialen Bildungen der einzelnen Dynastien, die mit gewundenen Grenzen und zufälligem Streubesitz — wie ihn die Familienpolitik des Fürsten nun einmal zusammengebracht hatte — das Kartenbild der deutschen Landschaft bis auf den heutigen Tag geformt haben. Es ist eine Grundtatsache der deutschen Geschichte, daß der Partikularismus nicht als ein stammesmäßiger, sondern als ein dynastischer im deutschen Leben siegte, und alle Argumente des Föderalismus, die ausschließlich aus der Eigenart der Stämme abgeleitet sind und mit denen noch Bismarck gerne gearbeitet hat, treffen ebendeshalb daneben. Die deutschen Dynastien haben dabei eine starke, staatsbildende Kraft entwickelt. Sogar in den Rheinbundstaaten, die durch die „statistische“ Politik Napoleons und des Wiener Kongresses ganz mechanisch, ohne Rücksicht auf historische Verhältnisse zusammengefügt worden sind, ist neben die Dynastien, die im Anfang das einzige einigende Band gewesen sind, durch deren kluge Politik das Verfassungsleben getreten und hat ein badisches, ein württembergisches, ein bayrisches Staatsbewußtsein geschaffen. So haben diese Länder den Bestand der Dynastien überlebt, ohne daß auch nur einen Augenblick ein Zweifel an ihrer Berechtigung bestehen konnte. Vielmehr war in den ersten Revolutionstagen eher der Bestand des Reiches gefährdet, und es gehörte damals die ganze staatsmännische Überlegenheit Friedrich Eberts dazu, daß schon vierzehn Tage nach der Revolution, am 25. November 1918, die Reichskonferenz in der Reichskanzlei zusammentreten konnte und sich für die Erhaltung der Einheit des Reiches und für die Berufung einer Nationalversammlung aussprach. Dann aber hat die Verfassung von Weimar den Reichsgedanken ganz anders betont, als dies jemals im Bismarckschen Reiche möglich gewesen wäre. Das Bismarcksche Reich war, wie es in den Verfassungen von 1867 und 1871 hieß, ein „ewiger Bund“ der Fürsten und freien Städte gewesen; es hatte Rücksicht nehmen müssen auf die geschichtlich gewordenen Kräfte, von denen Bismarck selbst gesagt hat, daß er sie zum Reiche mehr überredet als gewonnen habe. Es war für Bismarck gewiß, daß die Zeit zugunsten

des Reichsgedankens arbeiten werde, und in der Tat hat sich das Reich in der nachbismarckschen Zeit um so stärker in den Vordergrund geschoben, je mehr die Massen in die politische Arena traten. Auch hier hat also die Revolution nur eine im Gange befindliche Entwicklung weitergeführt, indem sie die Fürsten beseitigte und das Reich auf die Gesamtheit des Volkes stellte. Diese starke, wie man zu sagen pflegt, zentralistische oder unitarische Gestaltung des Reiches war damals notwendig, denn eine Verfassung, die sich auf dem Gedanken der Volkssouveränität aufbaut, muß den Reichstag zum eigentlichen Träger der Reichsgewalt machen und dem einheitlichen Willen des ganzen deutschen Volkes eine starke Macht einräumen. Hierdurch allein konnten alle jene Schäden vermieden werden, die dem Bismarckschen Bau anhafteten und über die niemand tiefer betrübt gewesen ist als der Schöpfer des alten Reiches selbst: auf den wichtigsten Gebieten fehlten dem alten Reiche selbständige Hoheitsrechte. Dies alles schwebte den Männern von Weimar als soeben erst verlebte und durchkämpfte Vergangenheit vor, und so ist jener erste Abschnitt der Reichsverfassung zustande gekommen, der vom Reich und den Ländern handelt. Aber wenngleich die Verfassung die Zuständigkeit des Reiches ausgedehnt und erweitert hat, so hat sie doch die Eigenstaatlichkeit der Länder gewahrt. Wer den Gang der deutschen Geschichte und die Erfordernisse des modernen, demokratischen Lebens überblickt, kann nicht anders als begreifen und billigen, daß der Reichsgedanke gestärkt und das politische Leben konzentriert worden ist. Aber dieses Werk der Vereinheitlichung durch die Verfassung würde in einen engen und unfreien Absolutismus führen, wenn er nicht begleitet ist von einer Anerkennung aller menschlichen Unterschiede, die das Leben geschaffen hat. Je stärker der Reichsgedanke sich auf Grund unsrer Verfassung durchsetzt, um so stärker werden die Einzelnen sich zuerst und vornehmlich als Deutsche fühlen; ganz ebenso wie das englische oder das französische Volksbewußtsein sich nur im Zusammenhang mit der Herausbildung des nationalen Staates in Jahrhunderten hat entwickeln können. Aber die Menschen sind noch mehr und noch anders als Staatsbürger eines Reiches: das englische Leben hat diese Wahrheit geachtet durch Erhaltung der körperchaftlichen Freiheiten der Vergangenheit, das französische Leben hat sie anerkannt, indem es die geistigen Traditionen des alten

II

Frankreichs unversehrt durch alle Machtansprüche des zentralisierten Staates hindurchtrug. Wir haben weder das eine noch das andre: unsre körperschaftlichen Freiheiten sind vom Kleinfürstentum zerschlagen worden, eine Kulturtradition hat sich immer nur in engem Kreise zu bilden vermocht und daher aus eigener Kraft sich niemals zu behaupten gelernt. Hierin eben liegt die große Bedeutung und historische Aufgabe der Länder, daß sie mitten in einer Zeit, da das nationale Leben sich mit guter Berechtigung und aus Notwendigkeit konzentriert, ein Element der Freiheit darstellen, das die anderen Völker in anderen Kräften ihres Lebens besitzen. Wenn die Länder sich dieser Aufgaben nicht bewußt bleiben, wird ein Absolutismus die notwendige Folge sein, der trotz Parlament und Volksvertretung nicht weniger drückend sein wird als der Absolutismus, den in alten Zeiten die Fürsten ausgeübt haben. Erst das Dasein der Länder verschafft in einem Volke, das so sehr wie das deutsche gewohnt ist, alles vom Staate zu erwarten, die Möglichkeit einer freien Konkurrenz.

Diese Aufgaben betreffen zunächst einmal die Pflege der kulturellen Güter. Wenn irgendein Gebiet die Einheitlichkeit entbehren kann, ja sogar vielgestaltig sein muß, so ist es die geistige Kultur, und wenn in den gegenwärtigen Erörterungen über die Reform des Reiches, die von privater Seite angeregt worden sind, gerade die Übertragung der Kulturpflege auf das Reich als besonders dringlich hingestellt worden ist, so ist auch dies ein Zeichen für die völlige Verkenntung geistiger Arbeit, die in den Jahrzehnten vor dem Kriege um sich gegriffen hat und heute in verstärktem Maße weiterwirkt. Eine geistige Kultur ist nicht möglich ohne Freiheit, die Tendenz des Staates aber geht auf Macht. Nun hat die Entwicklung, welche die deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert genommen hat, immer stärker Staat und Geist zusammengeführt; der Staat suchte sich zu stärken, indem er den Geist in sich aufnahm und ihn für sich nutzbar machte, der Geist wollte durch diesen Bund wirklichkeitsfroher oder, wie man es auch nannte, realpolitischer werden. Der Bund des deutschen Geistes und des preußischen Staates oder, wie man sagte, der Bund von Potsdam und Weimar wird in unsrer Publizistik und unsrer Geschichtswissenschaft seit zwei Jahrzehnten recht warm gefeiert und erläutert, man sah die Machtsteigerung, die der Staat hierdurch gewann, und rühmte wohl auch die

Veredlung des Staates, die man wenigstens in den Ideen der führenden Männer feststellen konnte, wenngleich es ihnen nicht gelang, die Wirklichkeit des Lebens dauernd zu wandeln. Aber für den Geist enthielt dieser Bund mehr Verlust als Gewinn; die Ideale der Menschlichkeit, der Gesittung, des selbstlosen Umganges mit den hohen Fragen von Welt und Leben gerieten oft in Kollision mit den Interessen der Macht, bis wir im Kriege es erleben mußten, wie alle geistigen Güter verleugnet wurden, die die Menschheit in langen Jahrhunderten mühsam erworben und gegen die Angriffe der Roheit, der Barbarei und des Eigennutzes scheinbar für immer gesichert hatte. Die preußischen Reformer, Stein und Humboldt, hatten eine solche Möglichkeit vorausgesehen. Als sie zu Anbeginn des vorigen Jahrhunderts den Geist aufnahmen in den Staat, da waren sie deshalb alle der Meinung, daß dies nur ein Notbehelf sein solle und daß es dem kulturellen Leben ohne den Staat sehr viel besser gehen würde. Der Gang der deutschen Entwicklung hat dann aber im nationalpolitischen Zeitalter des 19. Jahrhunderts es mit sich gebracht, daß die Staatsmänner wie die Philosophen gemeinsam das Kulturmonopol des Staates erstrebten und dadurch alle Freiheit einengten. Angesichts dieser besonderen geschichtlichen Lage, in der sich das geistige Leben Deutschlands befindet, ermöglicht nur die Vielheit der Länder einen freien Wettbewerb, eine Vielfältigkeit der geistigen Arbeit. Und nirgends ist diese Arbeit wichtiger als im Volksstaate, der auf die rege Teilnahme seiner Bürger angewiesen ist, der verlangen muß, daß seine Bürger das Leben des Staates und der Nation kennen, an dem sie teilhaben. Es ist Ferdinand Lassalle gewesen, der als erster von der Umarmung von Wissenschaft und Proletariat gesprochen hat und seine Zeitgenossen aufrief, den jungen Arbeitern zu helfen in ihrem inneren Streben und Ringen. Und dabei ist in dieser Hinsicht heute alles in Fluß gekommen, und nur dadurch werden wir aus dieser Krisis herauskommen, wenn alle, die guten Willens sind, mitwirken dürfen an der Heraufführung des neuen Deutschlands. Man denke nur an die entscheidende Frage des Nachwuchses der geistig Führenden. Alle, die heute auf irgendeinem Gebiete in leitender Stellung sich befinden, sind erzogen mit Mitteln der Vorkriegszeit, und das will besagen, daß ihnen das notwendige und gediegene Sachwissen mitgegeben wurde und daß sie sich in einer äußerlich noch geruh-samen und geistig gesammelten Welt bilden konnten für die Aufgabe

ihres Lebens. Tiefere Geister, die sich frei zu halten vermochten von der Betriebsamkeit und Veräußerlichung des offiziellen Deutschlands, haben sich damals noch eine weite und echt menschliche Bildung erwerben können, und dies ist das geistige Kapital, von welchem wir heute zehren. Es wird die große Frage der nächsten Zukunft sein, ob es gelingen wird, auch in der neuen Welt mit ihrem unendlich beschleunigten Tempo in dem heranwachsenden Geschlechte eine neue geistige Führerschicht heranzubilden, und hierzu allerdings wird das deutsche Volk die aufbauende Kraft sich holen müssen, von wo immer es sie erhält. Denn diese Aufgabe wird nicht durch Organisierung zu leisten sein, sondern nur durch eine neue Verbundenheit mit dem Volke und durch eine neue Wertung des Geistes, der heute im Betrieb und im Vielerlei des Stofflichen zu versinken droht.

Wie stark übrigens in den Männern, die vor zehn Jahren unsre Reichs- und Landesverfassung geschaffen haben, das Bewußtsein lebendig gewesen ist, daß eine starke republikanische Staatsgewalt ihrem innersten Wesen nach eine Domäne freier Betätigung lassen muß, ersieht man aus den Abschnitten, die von den Grundrechten handeln. Daß es subjektive öffentliche Rechte gebe, daß also dem Staate Schranken gezogen sind gegenüber der Freiheit des Einzelnen, ist eine Auffassung, die sich langsam in der politischen Vorstellungswelt Westeuropas entwickelt hat und von hier aus auch in die deutsche Verfassungsgeschichte gelangt ist. Die Grundrechte sind in der Paulskirche in berühmten Debatten eingehend erörtert und dann im Dezember 1848 proklamiert worden. Die Rechte betrafen damals in erster Linie Sicherheit der Person und des Eigentums, Gleichheit vor dem Gesetze, Vereins-, Presse- und Religionsfreiheit. Schon die Paulskirche hatte hierzu noch ein ganzes Reformprogramm hinzugefügt, das die Gesetzgebung moralisch verpflichten sollte, ohne aber daß hieraus ein rechtlicher Anspruch gefolgert werden konnte. Die Nationalversammlung von Weimar ging den gleichen Weg. Es wurde bei den Vorbesprechungen betont, daß die alten Menschenrechte längst erfüllt seien, daß sie nicht mehr seien denn „Museumsstücke früherer Rechtskultur“ und daß statt ihrer ein Bekenntnis zu den leitenden Ideen der neuesten Rechtsentwicklung am Platze sei. So haben denn im zweiten Hauptteil unsrer Reichsverfassung alle jene Bestimmungen über das Gemeinschaftsleben, über Kirchen und Schulen ihren Platz gefunden, die Freiheit und Ordnung, Geist mit

Staat zu vereinigen bestimmt sind. Hier sind auch die Bestimmungen über das Wirtschaftsleben, durch die auch die Gewerkschaften als die Zeugen der neuen, berufsmäßigen Gliederung des Volkes in die Verfassung eingebaut sind. Und hiermit kommen wir zu dem zweiten Gegenstande unsers heutigen Sorgens, den wirtschaftlichen Aufgaben. Nachdem es dem deutschen Volke während der verflossenen zehn Jahre gelungen ist, die schwersten wirtschaftlichen Bedrängnisse abzuwehren, wird neben den kulturpolitischen Aufgaben die Wirtschaftspolitik künftig durchaus am wichtigsten sein; denn auch in dieser Hinsicht ist, wie wir alle wissen, unsre Lage ernst. Es ist vor allem die Exportkrisis, die im Vordergrund der Sorgen steht. Aber auch hier muß die geschichtliche Betrachtung feststellen, daß die Schwierigkeiten nicht von heute und nicht von gestern stammen, daß sie durch den Krieg nur beschleunigt, nicht erst geschaffen worden sind. „Kriege sind die Schnellzüge der Weltgeschichte“, hat Karl Marx gemeint, und hieran ist so viel jedenfalls wahr, daß die Verhältnisse der Nachkriegszeit nicht allein durch außenpolitische und militärische Ereignisse geschaffen worden sind, sondern tief im allgemeinen Wandel der Welt begründet liegen. Schon vor dem Kriege begannen auf vielen Gebieten die Schwierigkeiten. Der ganze hochgespannte Imperialismus der europäischen Staaten, der dann im Weltkriege zur Entladung gekommen ist, wurzelte ja zum großen Teile in der Tatsache, daß die Welt immer stärker vom europäischen Kapitalismus durchdrungen wurde. Die in Abhängigkeit gehaltenen, wie man sagte „kolonialen und halbkolonialen“ Völker haben sich immer mehr der europäischen Zivilisation bemächtigt und mit den von Europa selbst gelieferten Mitteln sich von der wirtschaftlichen Botmäßigkeit unabhängig zu machen gesucht; dadurch verringerten sich für die europäische Wirtschaft die Absatzmärkte immer mehr. Der machtpolitische Konkurrenzkampf der europäischen Staaten, der in den Weltkrieg führte, war zum wesentlichen Teile ein Kampf um gesicherte Absatzmärkte, und er wurde um so heftiger, je mehr jene Verselbständigung der außereuropäischen Völker Fortschritte machte. Der Vorsprung, den in der industriellen Entwicklung England vor den kontinentalen Staaten Europas und die europäischen Völker in ihrer Gesamtheit wieder vor den fremden Ländern besaß, war ja lediglich begründet in einer geschichtlichen Tatsache — in der Tatsache nämlich, daß sich in England und dann in Westeuropa zuerst

und am frühesten jener wissenschaftlich-technische Geist entwickelt hat, der die Kräfte der Natur experimentell erforscht und durch bewußte Gruppierung der erkannten Kräfte die gewollten Wirkungen auszulösen vermag. Zuerst hatte England den Vorsprung, etwa bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts, und der europäische Kontinent war nichts anderes als eine englische Wirtschaftskolonie. Dann haben die kontinentalen Länder diese Entwicklung nachgeholt, und alle Hoffnungen der Engländer, daß dies mißlingen werde und daß sie allein die Begabung zum Industrievolke hätten, erwiesen sich als trügerisch. Nun wiederholt sich heute unter unsern Augen der gleiche Vorgang in ungeheuerlichem Maßstab, und alle Hoffnungen, die sich an die besonders begabte Rasse der europäischen Völker und an die Vorzüge von Klima und Bodengestaltung heften und die einst in den alten historischen Zeiten mitgewirkt haben, die Sonderstellung Europas zu begründen, scheinen unter den völlig veränderten Verhältnissen des technischen Zeitalters ihre Bedeutung zu verlieren. Überall erheben sich heute die Rohstoffländer, entwickeln eigene Industrien und stehen also gegenwärtig da, wo Deutschland in den dreißiger bis sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gestanden ist, also mitten in der Begründung eines nationalen Staates, der zugleich eine nationale Wirtschaftseinheit sein soll. Das klassische Beispiel für diese industrielle Verselbständigung von Agrarländern ist in der Vergangenheit die nordamerikanische Union gewesen, und der klassische Schilderer dieses Vorganges ist Friedrich List, der im Anblick der amerikanischen und der deutschen Bedürfnisse sein System geschaffen hat: es ist der wissenschaftliche Ausdruck aller normalen Gewerbepolitik in Bauernländern. Dieser deutsche Denker hat ein merkwürdiges Schicksal gehabt. Zu seiner Zeit verkannt und in Not und Verzweiflung getrieben, bis er in den freiwilligen Tod ging, hat er durch sein hinterlassenes System nachher dem werdenden deutschen Industriestaat die theoretische und sittliche Rechtfertigung geliefert, und heute feiert er überall in der Welt — in Südamerika, in Indien, in Ostasien — nochmals eine späte Auferstehung und ist für jene Völker geradezu zum Propheten ihres wirtschaftlichen und nationalpolitischen Willens geworden. Und diese Entwicklung vollzieht sich überall mit einer zwingenden Notwendigkeit, die in dem Wesen des Kapitalismus begründet ist. Denn der europäische Kapitalismus mußte die Entwicklung der kolonialen Völker wollen, weil

er sonst bei ihnen keine Geschäfte machen konnte; aber indem er sie entwickelte, gab er ihnen Bedürfnisse, Bildung, die geistige und materielle Macht zu ihrer Befreiung. Dies ist die dem modernen Kapitalismus innewohnende tragische Ironie. Die Kapitalisten aller Länder waren durch ihre eigene Schicksalsbestimmung dazu verurteilt, dem eigenen Lande schließlich die ausländischen Absatzmärkte zu schmälern.

Dieses Problem der Verselbständigung der Rohstoffländer lastet heute auf allen alten Industriestaaten, aber Deutschland hat es besonders schwer getroffen, weil die Siegerstaaten im Vertrage von Versailles die ganze Schwere des Problems auf Deutschland abwälzten, um sich zu retten. Es sei nur an die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages erinnert — an das Fehlen jeder Gegenseitigkeit, an das Schicksal unsrer Kolonien, die unter der Formel der Mandate an die Ententestaaten gegeben wurden. Aber dies alles hat nur das Erwachen der mohammedanischen, der indischen, der chinesischen Welt gewaltig gefördert. So liegt das Problem auch für uns ganz und gar nicht so einfach, als daß wir nur unsre Kolonien zurückzufordern hätten. Die Tatsache, daß wir Deutsche keinen Anteil mehr haben an der Ausbeutung der farbigen Völker, hat unsre moralische Stellung in jenen Erdteilen gewaltig gestärkt, und wenn wir hiervon auch keinen unmittelbaren Nutzen haben, so haben wir auch anderseits keinen Grund, die Sache der europäischen Kolonialstaaten auch nur theoretisch zu vertreten. Es ist uns dadurch doch auch die Lehre gegeben, daß die Lösung der Wirtschaftskrise auf anderm Wege gesucht werden muß. Noch haben wir ein unvergleichliches geistiges Kapital in der wissenschaftlichen Durchbildung unsrer Ingenieure, in der technischen Erfahrung der Werkmeister und Arbeiter, in der Umsicht und im Geschick unsrer Kaufleute; daß dies Kapital gemehrt werde und eine neue Generation großer Konstrukteure erstehen, die mit einem Schlage die Wirtschaftslage noch einmal ändern könnte, dies ist die hohe Aufgabe unsrer Technischen Hochschulen, deren Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes niemals so groß gewesen ist wie gerade heute. Und weiterhin gilt es zur Behebung unsrer wirtschaftlichen Sorgen, die zugleich Gesellschaftsprobleme schwerster Art aufgeregt haben, den inneren deutschen und europäischen Markt zu stärken. Dies aber ist nicht möglich ohne die Arbeit der Politiker. Nochmals sehen wir hier die große Bedeutung

der Länder im Verbands des Reiches. Es widerspricht der Wahrheit des Lebens und ist praktisch undurchführbar, alle geschäftlichen Entscheidungen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu treffen, so sehr dies auch der moderne Wirtschaftsgeist verlangt: das Leben ist viel zu elementar, als daß es sich restlos rationalisieren ließe. Also ist es ganz wie auf kulturpolitischem so auf wirtschaftspolitischen Gebiete nötig, daß möglichst viele Gesichtspunkte und Interessen zur Geltung gebracht werden können und nicht nur diejenigen, die der Entscheidung und der Verteilung am nächsten stehen. Und ebenso kann auch der europäischen Wirtschaft nur durch diese selbst geholfen werden, und hier vornehmlich liegt das Feld, auf dem den Staatsmännern der deutschen Republik die größte und wichtigste Aufgabe winkt. Heute ist Europa zersplittert und zerteilt, schlimmer als jemals in seiner Vergangenheit. Ohne Rücksicht auf geographische und wirtschaftliche Bedingungen wurden die Staaten abgeteilt lediglich nach dem Nationalitätenprinzip, das im 19. Jahrhundert geboren wurde und nun im 20. seine Ausbildung bis in die letzten Konsequenzen erfuhr; nur wo es zuungunsten der deutschen Nation geschehen konnte, ist davon abgewichen worden. So stehen sich denn die Staaten heute gegenüber, bis an die Zähne bewaffnet, durch hohe geistige, politische und wirtschaftliche Schranken voneinander getrennt, ihre Zusammenarbeit ist gehemmt durch das Minderheitenproblem, das sich aus der Schaffung neuer Nationalstaaten mit Notwendigkeit ergab. Auch hier wäre es unpolitisch und undenkbar, Geschehenes widerrufen zu wollen. Aber wenn überall in der Welt Völker und Länderräume von riesigsten Ausmaßen sich zusammenschließen und in die Geschichte als geschlossene Einheiten eintreten, wie wir dies in Ostasien sehen oder in Indien oder Amerika, so wird Europa nicht zerteilt und zersplittert dazwischen bleiben können. Die deutsche Republik hat vom Anbeginn ihres Daseins an hierauf hingearbeitet, sie ist kraft ihrer Bestimmung darauf hingewiesen, die Stimme der Vernunft zur Geltung zu bringen. Wir haben auf diesem Wege viele Demütigungen, viele Enttäuschungen erlebt, es ist auch heute noch ein mühsames Sichvorarbeiten, aber alle Außenminister von Wirth und Rathenau bis Stresemann sind diesen Weg gegangen, weil ein anderer überhaupt nicht vorhanden war. So sind alle diese Fragen, die wir in der heutigen Stunde der Einkehr und der Besinnung nur eben kurz überblicken konnten,

unlösbar ohne eine neue Gesinnung. Zehn Jahre deutscher Republik liegen hinter uns — Jahre schwerster Arbeit, Jahre, in denen die deutsche Geschichte hart und grausam über den Ruin von Tausenden hinweggeschritten ist; wer dies sich vergegenwärtigt, wird zurückhaltend sein im Lobe des endlich Erreichten. Und wenn wir mit dem heutigen Tage in ein neues Jahr voll Arbeit und Aufgaben eintreten, sind wir uns bewußt, daß wir nur vorwärtskommen können, wenn wir die Idee des neuen Staates und der neuen Zeit trotz aller schweren Probleme, die sie uns aufgibt, zukunftsfröh bejahen wollen — bejahen als eine neue Form des Lebens, die wir reinigen sollen von allen Schlacken. Und so schließe ich denn mit dem Worte von Paul de Lagarde, der schon vor einem Menschenalter mit schwerer Sorge den Geist der Veräußerlichung im deutschen Leben emporsteigen sah und der die große geistige Katastrophe mit unheimlicher Prophetengabe vorausgesagt hat. Was er nach dem ersten Jahrzehnt des Bismarckschen Reiches den Deutschen seiner Zeit zugerufen hat, soll, wenn auch mit froherem Ausblick, heute nicht unwiederholt bleiben: „Möge Deutschland nie vergessen, daß man in eine neue Periode des Lebens nicht eintreten kann ohne ein neues Ideal.“

